Antrag an den Studierendenrat Sitzung vom 13.06.17
Keine 4 fürs Bier

AntragstellerIn:

Bierrechte Uni Freiburg (BUF)

Antragsinhalt:

Der Studierendenrat möge beschließen,

Den Aufruf der Kampagne „Keine 4 fürs Bier“ ideell zu unterstützen!

Begründung:

Keine 4 fürs Bier!

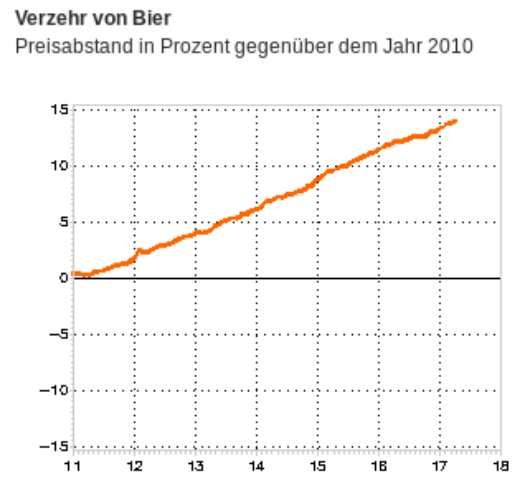
4€ für ne Halbe? Vor nicht mal 5 Jahren wäre das in Freiburg noch undenkbar gewesen. Heute haben bereits mehrere Kneipen und Biergärten ihren Bierpreis auf diese Marke angehoben. Mit unserer Kampagne "Keine 4 fürs Bier" möchten wir unsere Empörung darüber kundtun. Dabei geht es uns nicht (nur) um ein "Recht auf Rausch". Zahlreiche Argumente sprechen darüber hinaus deutlich gegen solch maßlose Preiserhöhungen. Unsere Kampagne ist ein Aufruf an alle Gastwirt*innen und Brauereien, die Preisschraube nicht zu überdrehen. Sie ist aber vor allem eine Aufforderung an alle gesellschaftlichen Gruppen und insbesondere die Politik, die schier unbegrenzte Preistreiberei im Ausschank als Problem zu erkennen und dessen Ursachen grundlegend zu bekämpfen.

Ausschluss von gesellschaftlicher Teilhabe
Freizeit, Kultur und Sport sind oft mit Biertrinken verbunden. Sei es das gemütliche Weizen mit Freund*innen im Biergarten, das Pils im Festivalbecher zum Rockkonzert oder das wohlverdiente Export mit den Teamkolleg*innen nach dem Fußballspiel. Diese soziale Teilhabe sollte allen Menschen ermöglicht werden.
Beispielsweise sieht die Regelsatzverordnung für das Arbeitslosengeld II für Beherbergungs- und Gaststättenleistungen 6,94€ monatlich vor (das macht 1,74 Biere/Monat), für den Bereich Freizeit, Unterhaltung und Kultur sind es mickrige 38,17€. Da bleibt nicht viel übrig für ein Bierchen auf

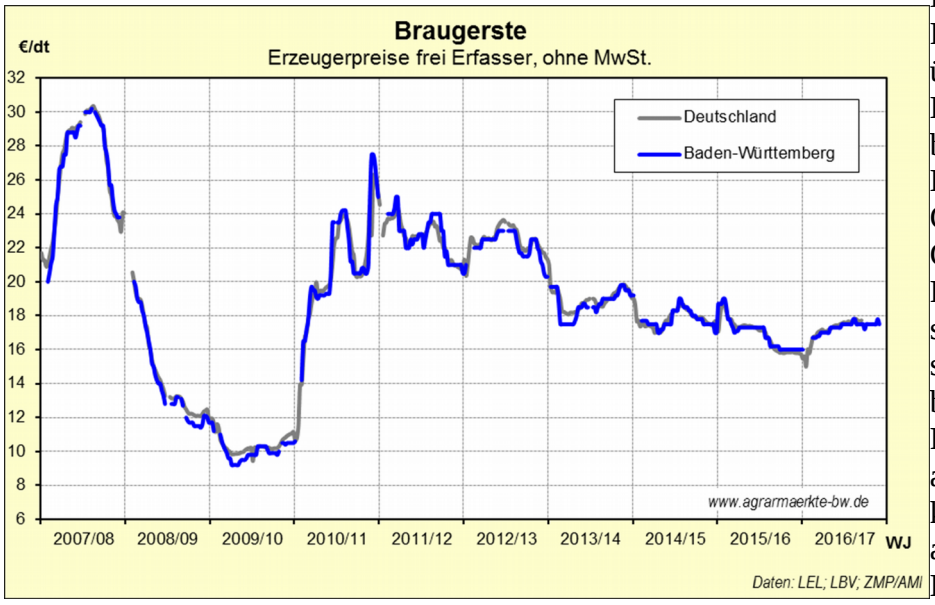
dem Stadtfest. Geringverdienende und Sozialleistungsempfänger*innen werden damit durch hohe Bierpreise gesellschaftlich ausgegrenzt.
Deshalb: Keine 4 fürs Bier!

Trinkgeldproblematik
Viele Studierende finanzieren ihr Studium durch Jobs im Gastrobereich. Oftmals wird hier maximal der Mindestlohn gezahlt, mit Tricksereien in manchen Fällen auch deutlich weniger. Viele sind deshalb auf ein gutes Trinkgeld angewiesen, um ihr Studium bestreiten zu können. Doch mal ehrlich: Wer gibt bei Bierpreisen von 4€ noch Trinkgeld? Bei Preisen von 3,60€ können die Mitarbeiter*innen oft zumindest mit 40 Cent gut kalkulieren. Je höher der Bierpreis, desto geringer fällt auch das Trinkgeld aus.
Deshalb: Keine 4 fürs Bier!

Gestiegene Erzeuger*innenpreise?



Oftmals werden Preiserhöhungen mit gestiegenen Rohstoffpreisen begründet. Ein Jahresvergleich zeigt jedoch, dass die Braugerstenpreise seit 2011 sinken und 2017 nur sehr moderat ansteigen. Landwirt*innen profitieren also nicht von den gestiegenen Bierpreisen. Auch Energie- und Wasserkosten sind in den letzten 5 Jahren nur moderat angehoben worden. Einzig der Hopfenpreis hat etwas angezogen, was eine geringfügige Preisanpassung rechtfertigen würde. Preiserhöhungen von über 15% gegenüber 2010 (in Freiburg -gefühlt zumindest- deutlich mehr) sind damit aber nur schwer zu rechtfertigen.



Doch kommen die Preiserhöhungen überhaupt bei den Brauer*innen an? Oder bleibt der zusätzliche Erlös in den Kassen der Gastronomie? Deren Gründe für steigende Preise liegen dabei sicherlich auch in steigenden Lokalmieten begründet. Dieses Problem darf aber nicht auf Bier-konsument*innen abgewälzt werden, deren Einkommen stagniert oder gar effektiv sinkt. Der Kapitalismus zeigt seine Auswirkungen also mitten in der Eckkneipe – hier ist die Politik gefordert! Wir fordern eine Mietpreisbremse auch für Kneipen und Lokale! Wirtschaftsfreundliche Politik muss hier wörtlich verstanden werden!
Deshalb: Keine 4 fürs Bier!

Vegane Ernährung im ländlichen Raum
In Freiburg, der sogenannten "Green City", leben zahlreiche Bürger*innen, die sich vegan ernähren. Dies betrifft auch viele Studierende. Gerade im ländlichen Raum fällt es diesen jedoch oft schwer, auf tierische Produkte zu verzichten, denn die Rubrik "Fleischlos glücklich" süddeutscher Speisekarten in Gemeinden unter 10.000 Einwohner*innen geht selten über Käsespätzle und Salatteller hinaus. Hier bietet das Bier eine wertvolle Alternative, Bierschutz ist in diesem Fall auf augenfällige Weise Tierschutz. Es gilt die alte Veganer*innen-Weisheit: "Sieben Bier sind auch ein Lupinenschnitzel - trink acht und Du hast noch ein Bier dazu". Beim - dieser Logik folgend - zunehmend avisierten Preis von 32 Euro für ein Lupinenschnitzel mit Getränk bleibt hungrigen Konsument*innen indes der Rote-Bete-Aufstrich im Halse stecken. Wer Veganer*innen daher einen Schwarzwaldausflug ermöglichen möchte, ohne sie der Gefahr des Verhungerns auszusetzen, kann den Preissteigerungen beim Bier nicht tatenlos zusehen. Und zum Schäufele schmeckt es schließlich auch.
Deshalb: Keine 4 fürs Bier!

Kulturgut Fassbier erhalten
Bereits der große Dichter Peter Alexander pries das Bier vom Fass und erklärte, er höre während der Arbeit "im Geist schon, wie das Bier im Glase zischt". Dass das wohltemperierte, kundig mit Kohlensäure versetzte und schließlich perfekt eingeschenkte Bier aus dem Zapfhahn eine besondere Faszination ausübt ist unbestritten – und so ist offenkundig, dass dieses Kulturgut in seinem ganzen Reichtum erhalten bleiben muss. Sein Fortbestand ist aber dort gefährdet, wo das Heimtrinken aus der Supermarktflasche eine Erfordernis der wirtschaftlichen Verhältnisse zu werden droht. Nur wenn das Bier in der Kneipe bezahlbar bleibt, kann jede*r zu artgerechter Bierhaltung in frisch gespülten Gläsern beitragen. Ansonsten zieht das kultiviert genossene Fassbier gegenüber der weniger teuren Konkurrenz in der Glas- oder gar Plastikflasche endgültig den Kürzeren.
Deshalb: Keine 4 fürs Bier!

Verhütung von Gewalt und diplomatischer Krisen
Die Geschichte lehrt: Möchtest Du in Frieden leben, darfst Du nie den Bierpreis heben! Streiks, Krawalle und diplomatische Verwicklungen entspannen sich in der Moderne nicht selten entlang des Preises für das Grundnahrungsmittel Bier. "Bierkriege" zwischen Städten und Staaten, "Bierfehden" und Boykottbewegungen zeigen, welche Sprengkraft in ihm schlummert. Natürlich begrüßen wir jede streitbare demokratische Bewegung mit dem Ziel ubiquitärer Verfügbarkeit von Bier. Wir sehen jedoch auch die Notwendigkeit, auf die Risiken unbefriedeter gesellschaftlicher Konflikte hinzuweisen. Als ein Beispiel von vielen legt hiervon der "Frankfurter Bierkrawall" im April 1873 beredtes Zeugnis ab. Hier entluden sich ungelöste soziale Konflikte anlässlich einer Bierpreiserhöhung in Plünderungen und Gewalt, nach dem Einschreiten des preußischen Militärs waren 20 Todesopfer zu beklagen. So weit darf es nie wieder kommen: Bezahlbares Bier in Freiburg bedeutet Frieden für Südbaden!
Deshalb: Keine 4 fürs Bier!

Hinweis:

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen an die Studierendenvertretung genderneutrale Sprache zu verwenden (beispielsweise „Mitarbeiter*innen“ statt „Mitarbeiter“).